



VAdM-Kurier

69. Ausgabe: Oktober 2025

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur

69. Ausgabe unseres

„VAdM-Kuriers“

Oktober 2025

Inhalt:

editorial	Seite 1
Aktualität	Seite 2
BMI: Neue Zuständigkeiten Heimatvertriebene, Spätaussiedler, deutsche Minderheiten	Seite 2
Indien in der neuen Weltordnung	Seite 3
Massaker von Wolhynien: Polen blockiert EU-Beitritt der Ukraine	Seite 4
EU-Länder stimmen für Ausstieg aus russischem Gas	Seite 5
Rückblick: Osthandel / Röhrenkredit	Seite 6
Presseschau:	Seite 7
Gedenken an Flucht und Vertreibung	Seite 7
Buchvorstellung	Seite 9
Julia Ruhs: Links-grüne Meinungsmacht	Seite 9
Geschichte kontrovers	Seite 10
Die Beneš-Dekrete (Teil 12): Gesetz vom 11 April 1946	Seite 10
Erinnern	Seite 11
Vor 80 Jahren: Die Verschleppung der Deutschen in den sowjetischen Gulag (Teil 4)	Seite 11
Temeswar: Revolution 1989 (Teil 10)	Seite 12
Deutsche Minderheiten	
Duisburgerin rettete deutsche Sprache in Ostbelgien	Seite 14
Erstes schwäbisches Volkskundemuseum in Lenauheim (Banat)	Seite 15
Literatur aus dem Osten/Impressum	Seite 16

Unten: **Wir sind auf der Messe Seitenwechsel: Halle 1 SV - 34**

editorial

Der amerikanische Präsident übt sich gerade in Ostasien mit *Weltpolitik*; dabei trifft er mit den *aufstrebenden* BRICS-Staaten auf eine veränderte Weltordnung, die die Unzulänglichkeiten der Globalisierung zu korrigieren versucht.

Deren Auswirkungen trifft die schon in einer Strukturkrise befindlichen deutschen Unternehmen besonders hart: Viel zu unkritisch hatte man sich – um vermeintlich Kosten zu sparen – von globalen Lieferketten abhängig gemacht.

Der auch für Spätaussiedler angedachte Härtefallfond war nur einer der Flops der Ampelregierung: Offensichtlich wollte man mit einem minder bestückten Fond das Armutsrisiko von Hundertausenden von der Welt schaffen. Zur Erinnerung: Es war die Union, die das geltende Fremdrentengesetz auf den Weg gebracht hatte. Es steht nun in deren Macht, dieses zu novellieren.

Martina Kempf

Herbert Karl



Herbsttag

Herr: es ist Zeit. Der Sommer war sehr groß.
Leg deinen Schatten auf die Sonnenuhren,
und auf den Fluren laß die Winde los.

Befiehl den letzten Früchten voll zu sein;
gieb ihnen noch zwei südlichere Tage,
dränge sie zur Vollendung hin und jage
die letzte Süße in den schweren Wein.

Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr.
Wer jetzt allein ist, wird es lange bleiben,
wird wachen, lesen, lange Briefe schreiben
und wird in den Alleen hin und her
unruhig wandern, wenn die Blätter treiben.

Rainer Maria Rilke



Bundesregierung bündelt die Zuständigkeiten für Heimatvertriebene, Spätaussiedler, deutsche Minderheiten im Ausland sowie nationale Minderheiten im Bundesministerium des Innern

PRESSEMITTEILUNG 31.10.2025

Umsetzung eines wichtigen Anliegens des Koalitionsvertrages



Zum 1. November 2025 tritt eine zwischen dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und dem Bundesministerium des Innern (BMI) geschlossene Verwaltungsvereinbarung in Kraft. Rückwirkend zum 14. Oktober 2025 wurde eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Auswärtigen Amt (AA) und dem BMI rechtsverbindlich. Innerhalb der Bundesregierung wird die Zuständigkeit für [Heimatvertriebene](#), [Spätaussiedler](#), deutsche [Minderheiten](#) im Ausland und nationale [Minderheiten](#) im Bundesministerium des Innern zusammengeführt. Damit wird ein wichtiges Anliegen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. (Foto: BMI)

Zukünftig werden Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVG), die kulturelle Förderung autochthoner [Minderheiten](#) in Deutschland, die Förderung der niederdeutschen Sprache sowie die Förderung deutscher [Minderheiten](#) in Ost-, Mittel- und Südosteuropa (MOE) inklusive den Nachfolgestaaten der UdSSR und deutschsprachiger Gemeinschaften im Ausland, insbesondere in der Region Lateinamerika, im BMI gebündelt. Dies ist ein starkes Signal für die Heimatvertriebenen, [Spätaussiedler](#) und [Minderheiten](#) und eröffnet die Chance auf eine Politik aus einer Hand.

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt: „Die Vertreibung von Millionen Menschen in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg hat das Schicksal der [Vertriebenen](#) und die Geschichte Deutschlands und Europas bis heute nachhaltig geprägt. Mit der Bündelung der Zuständigkeiten kommen wir der Verantwortung nach, die Erinnerung daran als eine wichtige Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts aufrecht zu erhalten.“

Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale [Minderheiten](#) Dr. Dr. h. c. Bernd Fabritius: „Mit der Zusammenführung der Zuständigkeiten beabsichtigen wir eine Stärkung des gesamten Aufgabengebietes, beispielsweise um den gesetzlichen Auftrag zur Förderung der kulturellen Arbeit des § 96 BVFG zur Bewahrung und Erforschung von Kultur und Geschichte der deutschen [Vertriebenen](#) umfassend und richtungsweisend umzusetzen. Damit geht auch eine Stärkung meines Amtes als Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale [Minderheiten](#) einher. Ich freue mich, dass so nun die Voraussetzungen für eine gelingende und zukunftsweisende Förderpolitik aus einer Hand geschaffen wurden.“

Verbunden mit der Bündelung der Zuständigkeiten ist auch ein Wechsel des in Oldenburg ansässigen Bundesinstituts für Kultur und Geschichte des östlichen Europa (BKGE) in den Zuständigkeitsbereich des BMI. Mit dem Wechsel ist eine Rückbenennung in Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) beabsichtigt.

Ebenso wird die Rechtsaufsicht über die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) in das BMI verlagert. Die Stiftung ist Trägerin des in Berlin ansässigen Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist. Hier wird im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachgehalten.

Die Verlagerung der Zuständigkeit für die kulturelle Förderung der autochthonen [Minderheiten](#) von BKM zum BMI ist ein Bekenntnis zu einer nachhaltigen und effektiven Minderheitenpolitik. Mit ihrer organisatorischen Entscheidung unterstreicht die Bundesregierung die Bedeutung der nationalen [Minderheiten](#) für die Bewahrung unserer auf Vielfalt gegründeten Gesellschaftsordnung.

Die Zuständigkeiten im Bereich deutsche [Minderheiten](#) werden ab dem 1. Januar 2026 im BMI zusammengeführt. Die Bündelung dieser Aufgaben soll die Förderung der deutschen [Minderheiten](#) noch effizienter machen, um dadurch nachhaltige Zukunftsperspektiven schaffen zu können. Die Bundesregierung setzt damit ein wichtiges Signal dafür, dass sie ihrer historischen Verantwortung für das Kriegsfolgeschicksal der ethnischen Deutschen auch in Zukunft nachkommen wird. Gleichzeitig soll damit die Brückenfunktion der deutschen [Minderheiten](#) in ihren Herkunftsländern, aber auch nach Deutschland und Europa gestärkt werden.

Im Zuge dieser Verwaltungsvereinbarung wurde auch der Übergang der Zuständigkeit für die deutschsprachigen Gemeinschaften im Ausland vom AA an das BMI geregelt. Dies betrifft vor allem das sogenannte „Lateinamerika-Programm“ zu Gunsten deutschsprachiger Gemeinschaften in der Region. Dieses Programm existiert seit 2019.

Verweis: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/10/bkm-aa-bmi.html>

Durch den aktuellen Besuch des amerikanischen Präsidenten in Ostasien sollte man sich auf neue Konstellationen in der *Weltpolitik* einstellen. *Die Red.*

INDIEN IN DER NEUEN WELTORDNUNG

09.10.2025

Seit seiner Staatsgründung betreibt Indien eine Außenpolitik der „strategischen Autonomie“. In der multipolaren Welt



von heute heißt dies, daß es sich in keinen der existierenden Machtblöcke fügt und seine Beziehungen zu China, Rußland und den USA sorgfältig ausbalanciert.

von Samrat Choudhury

Der gemeinsame Auftritt Modis mit Putin und Xi, kurz nachdem die US-Regierung von Donald Trump einen Zoll von 50 Prozent auf indische Waren verfügt hatte, wurde in den Nachrichten und sozialen Medien heftig diskutiert. Den diplomatischen Gepflogenheiten des Trump-Zeitalters entsprechend, reagierte der US-Präsident mit einem Post auf Truth Social: „Sieht so aus, als hätten wir Indien und Rußland an das tiefste, finsterste China verloren. Möge ihnen eine lange und blühende gemeinsame Zukunft beschieden sein!“

Nun ist es allerdings eine höchst fragwürdige Aussage, daß der US-Präsident seinen russischen Kollegen jemals vereinnahmt hätte. Und auch Indien hat Trump keineswegs „verloren“, denn die Partnerschaft zwischen den USA und Indien wirkte ohnehin eher wie etwas, das die Gen Z als „Situationship“ bezeichnet, und nicht wie eine verbindliche Beziehung. Das war der Stand der Dinge schon in der Frühzeit des Kalten Kriegs, und das ist er bis heute geblieben. Müßte man eine aktuelle Beziehungsdiagnose abgeben, wäre die einzig angemessene Aussage: „Es ist kompliziert.“

Der Grund lautet schlicht: Zwar hat sich Indien in den letzten 20 Jahren stärker nach Westen orientiert, doch zugleich hat es seine Politik der Blockfreiheit, die das Land auf die gesamte Dauer des Kalten Kriegs durchgehalten hatte, zu keinem Zeitpunkt aufgegeben. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion lösten sich in Neu-Delhi viele Regierungschefs ab, die parteipolitisch wie ideologisch ganz unterschiedlich lagen, doch die indische Aversion gegen jede Art von Lagerzugehörigkeit hat überdauert, selbst in der kurzen Phase einer scheinbar unipolaren Weltordnung.

Mitglied in konkurrierenden Bündnissen

Indien hat 2006 die Staatengruppe BRICS mitgegründet, zusammen mit Brasilien, Rußland, China und Südafrika. Die mittlerweile zu BRICS+ erweiterte Gruppe repräsentiert mehr als 45 Prozent der Weltbevölkerung und 36 Prozent des (kaufkraftbereinigten) weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP). Ein zentraler Punkt der BRICS-Agenda ist das Streben nach einer gerechteren Weltordnung, das gegen die Dominanz des Westens in den internationalen Institutionen gerichtet ist.

Indien ist aber zugleich Mitglied des Quadrilateralen Sicherheitsdialogs (kurz Quad), dem noch Japan, Australien und die USA angehören. Hauptanliegen dieser Gruppe ist die Sicherheit in der Region, die China als „asiatisch-pazifischen Raum“ bezeichnet, während die Quad-Mitglieder inzwischen vom indopazifischen Raum sprechen. Die Sicherheit in diesem Teil der Welt ist in erster Linie durch China bedroht, das territoriale Ansprüche auf Taiwan erhebt und mit Japan und den Philippinen über maritime Abgrenzungen streitet.

Indien ist also – und bleibt – Mitglied in konkurrierenden Gruppierungen, womit es nur seine nationalen Interessen verfolgt. Die decken sich auf bestimmten Gebieten mit denen Chinas und Rußlands, auf anderen wiederum mit denen der USA und des Westens. Ermöglicht wird diese Politik durch eine strategische Autonomie, also dadurch, daß Indien außenpolitisch an keinen Block gebunden ist. Es ist eine hart erkämpfte Freiheit, die von Neu-Delhi sorgsam gehütet wird.

Der 50-Prozent-Zoll, den Trump gegen Indien verhängt hat, ist zum Teil die Strafe für die Käufe von russischem Öl. Von einer solchen Bestrafung blieb China verschont, obwohl es die größten Ölmengen aus Rußland bezieht. Stattdessen forderte Trump, die EU solle China mit Zöllen von 50 bis 100 Prozent belegen. Sein Finanzminister Scott Bessent erklärte gegenüber Reuters und Bloomberg: „Jetzt erwarten wir, dass die Europäer ihren Beitrag leisten. Ohne die Europäer unternehmen wir keine weiteren Schritte.“

Die Bereitschaft der USA, einen Handelskrieg mit China im Alleingang zu führen, wird vermutlich dadurch gedämpft, daß Peking „entschlossene Gegenmaßnahmen“ in Aussicht gestellt hat. China dominiert die globalen Märkte für enorm viele Güter, zu denen seltene Erden zählen, die unter anderem für die Bereiche erneuerbare Energie, Unterhaltungselektronik und Rüstung unverzichtbar sind. Außerdem ist China ein riesiger Absatzmarkt für US-Waren, etwa für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Damit ist das Land sowohl als Importeur als auch als Exporteur wichtig [. . .]

Lesen Sie weiter unter <https://monde-diplomatique.de/artikel/!6113218>

Massaker von Wolhynien: Polen blockiert EU-Beitritt der Ukraine

Aug. 27, 2025

Auch Polen wird – wie Ungarn – die Ukraine solange daran hindern, der EU beizutreten, bis die Umstände des Massakers in Wolhynien vollständig geklärt sind – wie der polnische Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz laut der „Gazeta Prawna“ mitteilte.

„Ich habe schon oft darüber gesprochen. Ich habe gesagt, wenn die Ukraine den Völkermord in Wolhynien nicht anerkennt, wenn es keine Exhumierung gibt, wenn es kein Gedenken gibt, dann hat sie keine Chance, der Europäischen Union beizutreten. Ich habe die Fälle, in denen der Ruf Polens in irgendeiner Weise beschädigt wurde oder Versuche unternommen wurden, Bandera zu verherrlichen, sehr klar und entschieden zurückgewiesen“

– so der Minister.

Laut der polnischen Zeitung distanzierte sich der Minister auch von Spekulationen über eine mögliche militärische Intervention Polens und erklärte, daß „die polnische Armee nicht in die Ukraine einmarschieren wird,“. Die polnische Unterstützung beschränke sich auf politische, militärische und humanitäre Hilfe, und um so die Sicherheit Polens zu gewährleisten.

Verschweigen des Massakers durch die Ukraine

Bereits am 10. Juli berichtete der polnische Ex-Präsident Andrzej Duda vom Verschweigen des Massakers durch die offizielle ukrainische Geschichtsschreibung. So habe der ukrainische Präsident Selenskyj ihm gegenüber gestanden, in der Schule nichts vom Massenmord an den Polen in der Westukraine gehört zu haben, insbesondere nicht vom Massaker in Wolhynien.

Die Tragödie in Wolhynien ist seit langem Gegenstand von Debatten zwischen Polen und der Ukraine. Im Juli 2024 hatte der polnische Verteidigungsminister bereits die Position Warschaus bekannt gegeben.

Das Massaker in Wolhynien richtete sich gegen die polnische Bevölkerungsgruppe in den ehemaligen polnischen Ostgebieten durch die „Ukrainische Aufständische Armee“ (UPA) während des Zweiten Weltkrieges bezeichnet. Dabei verfolgte die nationalistische Politik der „Organisation Ukrainischer Nationalisten“ (OUN) und ihres militärischen Armes, der UPA, die die Schaffung einer unabhängigen, vereinten Ukraine, unter Einschluß aller ethnischen ukrainischen Gebiete.

Die Massaker dauerten vom 9. Februar 1943 bis Kriegsende und waren ethnische Säuberungen, mit bis zu 100.000 ermordeten Polen.

Kreuzigungen, Schwangere aufgespießt

Die UPA ging dabei mit von größter Brutalität vor: Die polnische Bevölkerung wurde dabei nicht nur mit Feuerwaffen, sondern auch mittels Äxte, Beilen, Spießen, Messern und Heugabeln – unabhängig von Alter und Geschlecht – häufig zu Tode gefoltert, ganze Siedlungen in Brand gesteckt. Der britische Historiker Norman Davies berichtet in seinem Buch „No simple Victory“ von unfassbaren Greueln: Katholische Priester wurden mit Äxten zerhackt oder gekreuzigt. Den Opfern wurden die Kehlen durchgeschnitten, Schwangere und Kinder wurden aufgespießt oder in Stücke geschnitten.

„Held der Ukraine“ und Leugnung des Massakers durch die Ukraine

Während das Massaker in Polen als Völkermord klassifiziert wird, erhielten für das Gemetzel Verantwortliche jedoch in der Ukraine hohe Würdungen. So wurde auch Stepan Bandera Anfang 2010 postum mit diesem Titel „Held der Ukraine“ geehrt. Nach Protest der polnischen Regierung, dem Simon Wiesenthal Center und damals noch durch das Europäische Parlament, nahm diese Ernennung der neue ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch wieder zurück.

Trotzdem aber wird die für die Massaker verantwortliche UPA vor allem in der Westukraine nach wie vor glorifiziert, im russischen Osten und im Süden wird sie allerdings abgelehnt.

Während also das polnische Parlament am 12. Juli 2013 die Gewalttaten als „ethnische Säuberung mit Merkmalen eines Völkermordes“ verurteilte, klitterte das ukrainische Parlament, die Werchowyna Rada, dagegen im April 2015 die Mitglieder der UPA offiziell zu Unabhängigkeitskämpfern um.

Schweigen der EU

Die Doppelmoral der EU durch Verschweigen dieses Massakers ist deshalb besonders schändlich . . .

Besonders skandalös zeigt sich dies an der Person von Stepan Bandera, jenem nationalistischen ukrainischen Politiker und Anführer der „OUN“. Er wurde in Polen bereits 1934 wegen der Ermordung des polnischen Innenministers Pieracki verurteilt, kam jedoch nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges frei. Zunächst kollaborierte er mit der faschistischen deutschen Wehrmacht, wobei dessen OUN-B-Milizen nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Lemberg teilweise die Polizeigewalt übernahmen. Maßgeblich trugen sie so zu den antijüdischen Pogromen bei, durch Verhaftungen und Massenerschießungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg floh Bandera zurück nach Deutschland und wurde in der Sowjetunion in Abwesenheit zum Tode verurteilt. 1959 wurde er in München von einem KGB-Agenten ermordet. In der Ukraine wird um Bandera ein Personenkult betrieben.

[Zum 100. Geburtstag (2009) Banderas brachte die ukrainische Poste eine Briefmarke heraus]

Quelle: Unser Mitteleuropa : <https://www.unser-mittleuropa.com/174955>

EU-Länder stimmen für Ausstieg aus russischem Gas

Aktualisiert am 20.10.2025



Gastanker vor der russischen Insel Sachalin: Bis Ende 2027 will die EU alle Verträge mit Rußland über Gaslieferungen stoppen. © Getty Images/iStockphoto/Vladimirovic

Ab 2028 will die Europäische Union kein russisches Gas mehr beziehen. Darauf hat sich eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten geeinigt. Für einige Länder wird die Entscheidung schwieriger umzusetzen als für andere.

Eine Mehrheit der EU-Länder hat sich für ein Ende russischer Gaslieferungen bis Ende 2027 ausgesprochen. Die EU-Energieministerinnen und -minister stimmten am Montag in Luxemburg für ein Gesetz, das einen schrittweisen Ausstieg vorsieht. Die [Slowakei](#) und [Ungarn](#), die noch große Mengen Gas aus Rußland beziehen, wurden überstimmt.

Russisches Pipeline-Gas und Flüssiggas (LNG) machten nach Kommissionsangaben im vergangenen Jahr rund 19 Prozent der Gasimporte der 27 EU-Staaten aus. Rund ein Drittel davon bezogen europäische Abnehmer demnach aus kurzfristigen Verträgen, die einfacher kündbar sind.

Bis Mitte Juni des kommenden Jahres sollen alle kurzfristigen Verträge gekappt werden, die einfacher kündbar sind. Bis Ende 2027 sollen auch alle an langfristige Verträge gekoppelte Lieferungen über Pipelines enden.

Ungarn und die Slowakei haben noch zwei Jahre Galgenfrist

Für Länder, die keinen Zugang zu Wasser und Häfen haben, ist es schwieriger, russisches Pipeline-Gas durch per Schiff geliefertes LNG zu ersetzen. Insbesondere Ungarn und die Slowakei könnten damit in den kommenden zwei Jahren weiter große Mengen Gas aus Rußland importieren.

Die EU-Kommission hatte im Juni ein Gesetz für einen stufenweisen Ausstieg bis zu diesem Datum vorgeschlagen. Das Gesetz sieht eine Notfallklausel vor. Sollte "plötzlich" die "Energieversorgung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ernsthaft gefährdet" sein, kann die EU-Kommission das Importverbot kurzfristig aussetzen.

Die EU-Staaten müssen nun mit dem Europaparlament über den Gesetzentwurf beraten. "Ich hoffe, dass wir dieses Paket bis Neujahr beschließen können", sagte der dänische Energieminister Lars Aagaard. Dänemark, das derzeit den Vorsitz im Rat der 27 EU-Länder innehat, rechnete im Vorfeld mit einer Mehrheit für den Ausstieg. (AFP/bearbeitet von ank)

Quelle: <https://www.gmx.net/magazine/politik/eu-laender-stimmen-ausstieg-russischem-gas-41499088>

Salto am Trapez

08.02.1970

[DER SPIEGEL 7/1970](#)

In einem Salon des Louvre musterte Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing mißtrauisch seinen deutschen Gast. Dann bat er den um Preisstabilität bemühten deutschen Wirtschaftsminister Karl Schiller um Auskunft, ob er die Preise verderben wolle.

Die unverblümete Frage des Kollegen Giscard d'Estaing galt, anlässlich der letzten deutsch-französischen Konsultationsgespräche, dem bislang größten und politisch bedeutsamsten Ost-West-Geschäft – einem gigantischen Tauschhandel deutscher Pipeline-Rohre gegen sowjetisches Erdgas.

Den Vertrag hatten Ruhrgas AG, Mannesmann-Export GmbH und die Deutsche Bank im Beisein des Außenhandelsministers Patolitschew mit den sowjetischen Verhandlungspartnern am vorletzten Sonntag in Essens Prominenten-Herberge »Kaiserhof« unterzeichnet. Schon in den Tagen zuvor war in Paris durchgesichert, daß die Russen dieses erste Milliarden-Geschäft mit den westdeutschen Monopol-Kapitalisten zu spektakulär günstigen Bedingungen abschließen würden. Laut Vertrag

- * wird die Mannesmannröhren-Werke GmbH in der Zeit von Juli 1970 bis Dezember 1972 rund 1,2 Millionen Tonnen Großrohre für Gasleitungen von etwa 2000 Kilometer Länge an die Russen liefern;
- * verpflichten sich die Russen, vom 1. Oktober 1973 an innerhalb von 20 Jahren rund 52 Milliarden Kubikmeter Erdgas im Wert von 2,5 Milliarden Mark in die Bundesrepublik zu pumpen;
- * gewährt ein deutsches Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank den Sowjets einen Kredit in Höhe von 1,2 Milliarden Mark, mit dem sie die Mannesmann-Rohre sofort bezahlen können. Der Kredit (Laufzeit elf Jahre, Zins knapp über sechs Prozent) soll später aus den sowjetischen Gas-Einnahmen getilgt werden. Finanz-Unterhändler Dr. F. Wilhelm Christians, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, hatte sich und die anderen Röhren-Finanziers zu strengem Stillschweigen über die ausnehmend günstigen Kredit-Konditionen vergattert. Dennoch wurden bei den nicht beteiligten Geldinstituten bald Einzelheiten bekannt. Gotthard von Falkenhausen, Mitinhaber des Essener Bankhauses Burkhardt & Co., kritisierte: »Unter den gegenwärtigen Bedingungen« am Kapitalmarkt wäre mindestens ein Zinssatz von neun Prozent angebracht gewesen.

Auch einige der 17 Konsortialbanken schluckten den Niedrig-Zinssatz nur widerwillig. Das Düsseldorfer Bankhaus Trinkaus beispielsweise sieht in dem Abschluß »ein reines Entgegenkommen an die Stahlindustrie«.

In der Tat wird der Russenauftrag das Großrohrwerk Mündelheim der Mannesmannröhren-Werke GmbH, die zu zwei Dritteln dem Stahlgiganten Mannesmann und zu einem Drittel der August Thyssen-Hütte gehört, für zweieinhalb Jahre voll auslasten.

Die 2000 Kilometer lange Rohrleitung aus der Bundesrepublik soll der Sowjet-Union helfen, ihre riesigen Erdgaslager in Sibirien gewinnbringend zu nutzen, Mit 10 000 Milliarden Kubikmeter Erdgasreserve haben die Russen das bislang reichste Erdgasland der Welt, die USA mit ihren 8000 Milliarden Kubikmetern, übertroffen. Die größte europäische Erdgasblase im holländischen Groningen enthält nur 2350 Milliarden Kubikmeter. * Im Essener Hotel Kaiserhof.

Das Russengas soll nicht nur in der Bundesrepublik verkauft werden. Nach den Moskauer Vorstellungen wird es vom Pipeline-Knotenpunkt Bratislava (Preßburg) sowohl über Wien nach Mailand strömen wie auch über das bayrische Marktreidwitz bis nach Paris.

Mit dem Troika-Geschäft zwischen Mannesmann-Export GmbH (sie wickelt den Auftrag ab), der Ruhrgas AG (sie verteilt das russische Erdgas) und dem Banken-konsortium auf der einen Seite, den russischen Staatsbetrieben Prjomsyrioimport, Sojuznefteexport sowie der Bank für Außenhandel der UdSSR auf der anderen Seite wird eine Schlappe wettgemacht, die der deutschen Industrie seit 1963 Kummer bereitete:

Damals wurden auf Anweisung der Nato-beflissenen Regierung Adenauer Röhrenkontrakte zwischen den Stahlkonzernen Mannesmann, Phoenix-Rheinrohr, Hoesch und den Russen durch das sogenannte Röhrenembargo gebrochen.

Die Regierung Brandt erhofft sich von dem neuerlichen Handelskontrakt mit den Russen vor allem politischen Nutzen. Aber auch -weitere Ostaufträge sollen folgen: Anschlußgeschäfte über Pipeline-Stationen und ein Abschluß mit dem Großrohrkontor Hoesch/Salzgitter über 250 000 bis 300 000 Tonnen spiralgeschweißter Großrohre.

Hannover, Wien, Moskau, Düsseldorf und Rom waren Stationen dieser Mammut-Verhandlungen, die im Mai letzten Jahres begonnen hatten. Während Mannesmann bereits am 4. Dezember 1969 in der sowjetischen Handelsvertretung in Rom mit den Russen handelseinig wurde, rangen die Banken bis zur letzten Minute um die Höhe des Zinssatzes.

Den günstigen Kredit, den sie den Sowjets schließlich einräumten, mußte Schiller während der Pariser Konsultationsgespräche gegenüber seinem französischen Kollegen Giscard d'Estaing verteidigen. Schiller: »Es handelt sich um einen Ausnahmefall.« Der Minister wies außerdem diskret auf den »Nachholbedarf« der deutschen Industrie bei Großprojekten für den Ostblock hin.

Mit diesem Argument hatte Schiller auch bei den zunächst widerstrebenden deutschen Banken Unterstützung gefunden. Christians: »Jeder wußte, wohin die Reise geht.«

Wohin sie für die Banken wirklich geht, wird von der Internationalen Zinsentwicklung abhängen. Die beteiligten Bankiers hoffen auf eine rasche Senkung des Zinsniveaus und damit auf Gewinne. Zum »trockenen Brot« (Trinkaus-Bank), das sie bis dahin essen müssen, sollen ihnen die Röhrenproduzenten Wein reichen. Die Konsortialbanken rechnen damit, daß ihnen Mannesmann und Thyssen von ihren Röhrengewinnen etwas abgeben.

Außerdem wollen sie sich beim Bund mit einem Bürgschaftsantrag über 600 Millionen Mark für den Fall absichern, daß bei den Sowjets einmal die Zahlungen stocken. Christians: »Ich mache keinen Salto ohne Netz, schon gar nicht am Trapez.«

Quelle: <https://www.spiegel.de/politik/salto-am-trapez-a-23649de1-0002-0001-0000-000045202633?context=issue>

Presseschau

Gedenken an Flucht und Vertreibung: Veranstaltung im Parlament würdigt Beitrag der Heimatvertriebenen zur Zweiten Republik

Rosenkranz: Wahrheit ist Grundlage für Versöhnung

Vor 80 Jahren wurden Millionen deutschsprachiger Menschen – darunter zahlreiche Altösterreicher aus den ehemaligen Kronländern der Habsburgermonarchie – aus ihrer Heimat vertrieben. Das Parlament nahm am Donnerstag, den 26. Juni 2025 das Gedenkjahr zum Anlass für eine Vortragsveranstaltung, in deren Zentrum das Schicksal jener stand, die nach dem Zweiten Weltkrieg entwurzelt wurden und in Österreich eine neue Heimat fanden. Dabei wurde nicht nur an persönliche Verluste und Entbehrungen erinnert, sondern auch an die bedeutende Rolle, die die Vertriebenen beim Aufbau der Zweiten Republik spielten.

Nationalratspräsident Walter Rosenkranz eröffnete die Veranstaltung und betonte die Verantwortung, die Österreich und auch das Parlament für die Wahrung des Erbes der Vertriebenen haben. Durch die Veranstaltung führte Norbert Kapeller, Präsident des Verbandes der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ).

Mit einem Zitat von Marion Gräfin Dönhoff erinnerte Kapeller an das Leid von 18 Millionen Altösterreichern vor 80 Jahren, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihr Hab und Gut, ihre Heimat und oft auch ihr Leben verloren, oft auf unmenschlichste Weise. Kapeller bedankte sich bei Nationalratspräsident Rosenkranz für die Ermöglichung dieser Gedenkfeier im Parlament und betonte die Bedeutung der Altösterreicher für die österreichische Zeitgeschichte und ihre kulturellen Beiträge, da die familiären Wurzeln von mindestens drei Millionen Österreichern ins alte Österreich reichen. Kapeller freute sich, neben den zahlreichen Ehrengästen aus Politik, Diplomatie und Kirche die Repräsentanten der Heimatverbliebenen aus verschiedenen ehemaligen Heimatgebieten (Rumänien, Ungarn, Slowakei, Serbien, Slowenien, Kroatien, Tschechien) zu begrüßen, die heute die Kultur in diesen Gebieten weitertragen. Ein besonderer Willkommensgruß erging ebenfalls an die ehemalige ORF-Korrespondentin Barbara Coudenhove-Kalergi.

Einen wissenschaftlich-historischen Überblick bot Florian Kühner-Wielach, Direktor des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München, in seinem Vortrag „80 Jahre Flucht und Vertreibung – europäische und österreichische Perspektiven“. Er analysierte die historischen Kontexte und plädierte für eine differenzierte Aufarbeitung, ohne in die „Kollektivismus-Falle“ zu tappen. Der ehemalige deutsche Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Stiftungsrates der Stiftung Verbundenheit, Hartmut Koschyk, erläuterte in seinem Beitrag den Umgang mit Vertriebenen in Ost- und Westdeutschland. Abschließende Dankesworte kamen von Rüdiger Stix, Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich.

Rosenkranz: Vertriebene leisteten unschätzbaren Beitrag zur Zweiten Republik



In seine Eröffnungsworten erinnerte Nationalratspräsident Walter Rosenkranz an die Vertreibung, Gewalt und Entmenslichung, die sich etwa in Form des „Brünner Todesmarsches“ mitten im Herzen Europas vollzogen habe. Das Gedenken daran sei zugleich als Auftrag zu verstehen und das Parlament biete sich dafür als „symbolträchtiger Ort“ an. So fänden sich im Bundesratssaal nicht nur die Wappen der neun Bundesländer, sondern auch jene der ehemaligen Kronländer, die an eine Verantwortung erinnerten, die über die Staatsgrenzen hinausgehe. Wer die Vertreibungen als Völkerrechtsbruch benenne, betreibe keine Spaltung, sondern diene der Wahrheit, so Rosenkranz – und diese sei Grundlage für die Versöhnung und den Blick in die Zukunft. (Fotos: VLÖ: Bildergalerie).

Fortsetzung auf S. 8

Fortsetzung von S. 7

Es gebe keine gerechte Vertreibung, keine legitime Kollektivschuld und keine Ausgrenzung, die mit der Freiheit vereinbar wäre.

Als besonders bedrückend bezeichnete er, daß das Schicksal der Vertriebenen, die einen "unschätzbaren Beitrag zur Zweiten Republik" geleistet hätten, kaum zum Gegenstand der Forschung geworden sei. Das Parlament nehme seine Verantwortung wahr und werde, etwa durch die dauerhafte Sichtbarmachung in der Bibliothek, mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Schicksals und des Wirkens der Vertriebenen beginnen, so Rosenkranz.



Kührer-Wielach plädiert für eine differenzierte Aufarbeitung ohne „Opferkonkurrenz“

Florian Kührer-Wielach lieferte einen Abriss der neueren Geschichte der Verfolgung von Minderheiten in Mitteleuropa, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg etwa in Folge der Balkankriege mit der „Wahnidee ethnonationaler Homogenität“ begonnen habe. In der Zwischenkriegszeit sei der Druck auf Minderheiten stetig gestiegen und schließlich etwa in der systematischen „Umvolkung“ in Folge des Hitler-Stalin-Pakts kulminiert. Die umfangreichen Umsiedelungen von Volksdeutschen „Heim ins Reich“ hätten sich keineswegs immer freiwillig vollzogen. Nach 1945 habe die „grausame Logik des Kollektivismus“ schließlich mit den Vertreibungen und der Deportation Deutschsprachiger erneut zugeschlagen, wie Kührer-Wielach erklärte. Bei den sogenannten „Wilden Vertreibungen“ habe es sich um „gewaltsamste Entladungen der Vergeltung“ unter den Augen der Sowjets gehandelt. So wie der Nationalsozialismus alle pauschal zur Volksgruppe zusammengefasst habe, seien sie nun auch pauschal bestraft worden. Dies habe etwa die Tschechoslowakei betroffen, aber auch Jugoslawien, wo Titos Partisanen alle Donauschwaben kollektiv zu „Volksfeinden“ erklärt hätten.

Schließlich habe mit der Flucht nach Österreich das „zähe Ringen um Integration“ begonnen, erläuterte Kührer-Wielach, wobei es zunächst nur um „blankes Überleben“ gegangen sei. In einer gesellschaftlichen „Gemengelage aus politischem Unwillen und strategischem Verdrängen“ sei den Vertriebenen in Österreich auch viel Haß entgegengeschlagen. Erst ab den 1950er-Jahren habe ein schrittweiser Gleichstellungsprozess begonnen. Die Aufarbeitung des Schicksals der Vertriebenen sei noch lange vom politischen Wunsch getrieben gewesen, einen „Schlußstrich“ zu ziehen, wie Kührer-Wielach anhand von Parlamentsreden illustrierte. Er plädierte jedoch für eine differenzierte Aufarbeitung des „epochalen Kulturbruchs“ der Vertreibungen, getragen von Empathie, Selbstreflexion und ohne in die „Kollektivismus-Falle“ zu tappen. Dies sei die Aufgabe der nachfolgenden Generationen, so Kührer-Wielach. Für „Opferkonkurrenz“ und ein „gegeneinander Ausspielen der Katastrophen“ sei hingegen kein Platz.

Koschyk: Standortbestimmung Deutschland

Hartmut Koschyk erläuterte die Geschichte des Umgangs Deutschlands mit den Vertriebenen. Auch dort sei ihr Schicksal oftmals ausgeblendet worden. Dies gelte besonders für die sowjetische Besatzungszone und spätere DDR, wo anstatt von Vertriebenen von „Umsiedlern“ gesprochen worden sei, um die „sozialistischen Bruderstaaten nicht an ihre Untaten zu erinnern“ und damit zu brüskieren. Es habe „klarer Assimilationszwang“ geherrscht und es seien kaum soziale oder wirtschaftliche Maßnahmen im Sinne der Vertriebenen gesetzt worden.

Anders habe sich die Situation in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt, erklärte Koschyk. Auch im Vergleich zu Österreich habe hier die Politik allein aufgrund der hohen Zahl an Vertriebenen einen anderen Umgang pflegen müssen. Zu den 9 Millionen Vertriebenen bis 1950 seien noch 4,5 Millionen Aussiedler bis in die 2000er Jahre gekommen. Neben politischen Maßnahmen wie dem Bundesvertriebenengesetz und dem Lastenausgleichsgesetz hätten die Vertriebenen im Rahmen eines reichen Verbandswesens vor allem selbst für ihre Integration gesorgt, wie Koschyk ausführte. Eine Zäsur habe schließlich die Wiedervereinigung dargestellt, in deren Rahmen sich Gesamtdeutschland verpflichtet habe, auch das gesamte deutsche Kulturerbe zu wahren. Die Vertriebenen in der ehemaligen DDR hätten als „moralische Geste“ nun auch den Lastenausgleich erhalten, der vorher nur in Westdeutschland ausgezahlt worden sei. Schließlich finde sich auch im aktuellen deutschen Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD ein „klares Bekenntnis“ zur Bewahrung des Erbes der Vertriebenen, so Koschyk.

Pressedienst des Verbandes der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ)

PA2025-05; 01.07.2025

Quelle: <https://navigator.gmx.net/mail?>

[sid=52d9eb76cfa6a605592cf87185d8a8fb79544e8625e1428624a2578f6b2f28ec0a86d50002e4aa334ddddd1e8cd48bb57](https://navigator.gmx.net/mail?sid=52d9eb76cfa6a605592cf87185d8a8fb79544e8625e1428624a2578f6b2f28ec0a86d50002e4aa334ddddd1e8cd48bb57)

Links-grüne Meinungsmacht: Die Spaltung unseres Landes Taschenbuch – 18. August 2025

Von [Julia Ruhs](#) (Autor)

Julia Ruhs war stets überzeugt, ganz normale Meinungen zu vertreten – bis sie Journalistin wurde. Sie sprach sich als Volontärin in der ARD gegen das Gendern aus und warnte später in einem Kommentar der „Tagesthemen“ vor illegaler Einwanderung. Sie sprach sachlich und mit Bedacht Themen an, die viele Menschen im Lande bewegen. Aber plötzlich war sie eine Exotin im Metier. Die Reaktion war ein linker "Shitstorm", leider Normalität heutzutage. Die Politikjournalistin Julia Ruhs ist Reporterin beim Bayerischen Rundfunk sowie Kolumnistin für Focus Online. Dieses Buch ist ihr Plädoyer für eine offene Debattenkultur, in der auch kritische und unbequeme Meinungen Gehör finden müssen. Sie hinterfragt, gerade als Journalistin, den herrschenden Zeitgeist, der offenbar nur eine Richtung zuzulassen scheint. Und sie verdeutlicht, warum manche Meinungen laut und andere leise sind, warum Konservative im Journalismus Mangelware sind, weshalb sich Journalisten für besonders mutig halten, um trotzdem lieber mit dem Strom zu schwimmen. Und sie dokumentiert, wie ein Berufsstand, der Neutralität predigt, immer stärker polarisiert.

Eine Buchbewertung bei amazon:

Bewertet in Deutschland am 26. September 2025

Höchst informativ und verständlich für jedermann

Höchst informativ, schnörkellos und verständlich für jedermann. Ein ideales Buch also auch für Einsteiger, die alles Wesentliche wissen wollen über Journalisten aller Arten in Medien aller Arten, Umbrüche in der Branche usw. usw. Vergessen Sie alles, was hier höchst unglaublich, vermutlich von interessierter Seite bestellt, mit nur einem Stern (als nichtverifizierter Kauf noch dazu) herabgewürdigt werden soll. Ruhs Buch ist vielmehr eine hervorragende Stoffsammlung und Zusammenfassung der Fakten und deren gewissenhafte Interpretation - auch wegen der zahlreichen dokumentierten Äußerungen von Konsumenten, die sich immer mehr von klassischen Medien abwenden. Enttäuscht auch wegen stetig zunehmender politischer, kultureller oder sprachlicher Bevormundung durch ideologisch bewegte Aktivisten vor allem in den öffentlich-rechtlichen Sendern. Je mehr die das Vertrauen in ihre Seriosität aufs Spiel setzen, desto mehr wenden sich die Enttäuschten anderen Anbietern zu, die auf Youtube und anderswo mit weit weniger Geld, aber durchaus professionell arbeitenden Journalisten die gestiegenen Ansprüche der Abtrünnigen zu befriedigen suchen – dafür wird ja auch hinreichend von den weitaus weniger talentierten Konkurrenten gegen z.B. Nius, Apollo oder Tichy gehetzt. Julia Ruhs hat ein sehr feines Gespür für Ursachen und Wirkungen in diesem Zusammenhang, für Opportunismus und geistige Bequemlichkeit in ihrem Gewerbe und/oder arrogantes Ignorieren berechtigter Ansprüche des Publikums. Ruhs Buch ist ein sorgsam gearbeitetes Dokument gegenwärtiger Zustände in Medien und Gesellschaft. Für das Werk der jungen Autorin aus dem Westen könnte auch das Wort der alterfahrenen Monika Maron (vor ihrem biografischen DDR-Hintergrund) als würdiges Motto dienen: In der Demokratie bräuchte es nicht mehr Mut - weniger Feigheit würde schon reichen.

Bewertet in Deutschland am 13. September 2025

Ein mutiges Buch. Besonders wertvoll.

Ein hervorragendes, phantastisches, flüssig geschriebenes, spannendes Buch mit für den linksgrünen Mainstream unbequemen Wahrheiten. Ich bewundere den Mut von Julia Ruhs und freue mich auf weitere Bücher von ihr. Natürlich musste man nicht lange auf die unqualifizierten, negativen "Kritiken" warten. Ich glaube, dass viele der negativen Kritiker das Buch gar nicht, oder oberflächlich gelesen haben. Denn sonst kann ich die unqualifizierten, ungerechtfertigten und schlichtweg falschen Kritiken absolut nicht verstehen. Oder sie haben den Inhalt des Buches vor lauter verbogelter, linksgrüner Ideologie nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Fazit: Lassen sie sich nicht von den links-grünen Ewiggestrigen verunsichern. Das Buch ist nicht rechts, nicht links, nicht populistisch, nicht radikal, sondern beschreibt einfach nur die aktuelle, vorherrschende und exorbitant zunehmende linksgrüne Medien- und Meinungsmacht in Deutschland.



Geschichte kontrovers

Die Beneš –Dekrete:

Teil 12

Mit der Vorstellung des Gesetzes vom 11. April 1946 beenden wir die Serie der noch immer gültigen Beneš –Dekrete

Gesetz vom 11. April 1946

über die Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse der Deutschen, der Madjaren, der Verräter und ihrer Helfershelfer.

Slg. Nr. 83.

Die Vorläufige Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Die Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse der Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach dem [Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945, Slg. Nr. 33](#), über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft der Personen deutscher und madjarischer Nationalität, verloren haben, erlöschen an dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, soweit darin nicht anders bestimmt wird.

(2) Mit dem Ablauf von drei Monaten seit dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, erlöschen, soweit sie nicht gemäß § 3 oder § 4 bereits früher erloschen sind, die Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse:

a) der in § 1 Abs. 3 des [Verfassungsdekrets Slg. Nr. 33/1945](#) angeführten Personen, wenn sie nicht bis zu diesem Tage der örtlich zuständigen Bezirksbehörde für Arbeitsschutz eine während der Geltungszeit des Verfassungsdekrets ausgestellte Bescheinigung über die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft vorlegen oder nachweisen, daß sie ein Gesuch um Ausstellung dieser Bescheinigung eingereicht haben und daß das Gesuch ohne ihr Verschulden bisher nicht rechtskräftig entschieden wurde,

b) der in § 1 Abs. 4 [desselben Verfassungsdekrets](#) angeführten Personen, falls sie nicht bis zu diesem Tage der örtlich zuständigen Bezirksbehörde für Arbeitsschutz eine vom Bezirksnationalausschuß (der Bezirksverwaltungscommission) ausgestellte und vom Ministerium des Inneren genehmigte Bescheinigung über die nationale Zuverlässigkeit vorlegen oder nachweisen, daß sie ein Gesuch um Ausstellung dieser Bescheinigung eingereicht haben und daß das Gesuch ohne ihr Verschulden bisher nicht rechtskräftig entschieden wurde,

c) der in § 2 Abs. 1 [desselben Verfassungsdekrets](#) angeführten Personen, falls sie nicht bis zu diesem Tage der örtlich zuständigen Bezirksbehörde für Arbeitsschutz eine Bescheinigung des zuständigen Bezirksnationalausschusses (der Bezirksverwaltungscommission oder der Vertretungsbehörde) vorlegen, und

d) der Personen, auf die sich § 4 Abs. 2 [desselben Verfassungsdekrets](#) bezieht, wenn sie nicht bis zu diesem Tage der örtlich zuständigen Bezirksbehörde für Arbeitsschutz nachweisen, daß sie ein Gesuch um Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft eingereicht haben und daß darüber ohne ihr Verschulden bisher nicht rechtskräftig entschieden wurde.

(3) Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse der in Absatz 2, Buchst. c) und d) angeführten Personen, wie auch derjenigen, auf die sich § 2 Abs. 3 dem [Verfassungsdekretes Slg. Nr. 33/1945](#) erstreckt, erlöschen an dem Tage, an dem rechtskräftig entschieden wird, daß sie die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nicht behalten oder nicht zurückerhalten.

(4) Soweit sie nicht bereits früher erloschen sind, erlöschen an dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, auch die Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse der deutschen und madjarischen Staatsangehörigen deutscher und madjarischer Nationalität, auf die sich das [Verfassungsdekret Slg. Nr. 33/1945](#) nicht erstreckt.

§ 2

Personen, deren Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse nach den Vorschriften des § 1 erloschen sind, sind verpflichtet, falls dies im öffentlichen Interesse notwendig ist, die Arbeit an ihrem bisherigen Arbeitsplatz unter den Bedingungen fortzusetzen, die für Personen festgesetzt wurden, welche nach dem [Dekret des Präsidenten der Republik vom 19. September 1945, Slg. Nr. 71](#), über die Arbeitspflicht der Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben, zur Arbeit zugewiesen wurden. Darüber, ob die Fortsetzung der Arbeit im öffentlichen Interesse liegt, entscheidet die Bezirksbehörde für Arbeitsschutz, in deren Zuständigkeitsbereich der Betrieb liegt, nach Anhören des Arbeitgebers, des Betriebsrates des betreffenden Betriebes, der zuständigen Interessenorganisation und des zuständigen Organs der Einheitsgewerkschaft.

§ 3

Soweit die Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse der in § 1 angeführten Personen auf irgendeine Art tatsächlich vor Inkrafttreten dieses Gesetzes beendet wurden, gelten sie mit dem Tage, an dem dies geschehen ist, auch rechtlich als aufgelöst.

§ 4

(1) Die Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse der Personen, die einer Straftat nach dem [Dekret des Präsidenten der Republik vom 19. Juni 1945, Slg. Nr. 16](#), über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte für schuldig erkannt wurden, erlöschen an dem Tage ihrer rechtskräftigen Verurteilung und, falls sie bereits vorher sichergestellt oder in Untersuchungshaft genommen wurden, an diesem Tage. Diese Bestimmung bezieht sich jedoch nicht auf Personen, bei denen das Gericht gemäß § 16 Abs. 2 des [Dekretes Slg. Nr. 16/1945](#) auf eine Bestrafung verzichtet hat.

(2) Waren die Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse der in Abs. 1 Satz 1 angeführten Personen bereits früher auf irgendeine Art tatsächlich beendet, so gelten sie mit dem Tage, an dem dies geschehen ist, auch rechtlich als aufgelöst.

§ 5

Der Arbeitnehmer, dessen Arbeits- (Lehr-) Verhältnis nach den vorstehenden Bestimmungen erloschen ist, hat keinen Anspruch auf die Leistung, welche ihm sonst nach Gesetz oder Vertrag für den Fall einer vorzeitigen Beendigung des Arbeits- (Lehr-) Verhältnisses zustehen würde.

§ 6

Dieses Gesetz erstreckt sich auf die durch privatrechtliche Verträge begründeten Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse. Es gilt nicht für die Arbeitsverhältnisse der öffentlichen Angestellten ohne Unterschied der Art ihres Dienstverhältnisses.

§ 7

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft *[veröffentlicht 1946-05-03]* und gilt in den Ländern Böhmen und Mähren-Schlesien; es wird vom Minister für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern durchgeführt.

Dr. Benesch e. h.

Fierlinger e. h.

Dr. Soltesz e. h.

Quelle: <http://mitteleuropa.de/> (Suchbegriff: Benesch-Dekrete)

Erinnern

Vor 80 Jahren: Die Verschleppung der Deutschen aus Südosteuropa in den sowjetischen Gulag

Teil 4

In den Weiten Rußlands

Veronika Schmidt berichtet weiter wie die Arbeit auf einer Baustelle für neue Häuser ablief. Nachdem die Erde abgetragen wurde, ging das Schaffen an dem Bau der großen Häuser, von denen allerdings schon die bloßen Wände standen, weiter:

„Als erstes haben wir diese renoviert und die Mauern verputzt. Es war noch sehr kalt und es musste mit heißem Wasser Mörtel in der Lore gemacht werden. In der Nähe unseres Lagers waren auch russische Gefangene, die vom Krieg zurückgekommen und bestraft waren und deswegen nicht nachhause durften. Sie arbeiteten mit unseren Landsleuten auf dem Bau. Den Mörtel haben die Männer gemacht“ (Schmidt).

Mit ihrer ebenfalls verschleppten Freundin mußte Frau Schmidt den nassen und schweren Mörtel für zwei Russinnen, die die Wände verputzten, hochhieven; diese „waren sehr schnell bei der Arbeit und riefen immer wieder: »Davai, davai bistro!« (Los, los schneller!)“

Nachdem diese Häuser fertig waren, ging es an das Graben der Fundamente für weitere Gebäude, bis die ganze Siedlung fertiggebaut war: Die Häuser wurden vollkommen vom Fundament, Stuck und bis zum Streichen von den Frauen fertiggestellt.

Frau Schmidts Vater, der mitverschleppt war, ging es infolge der Mangelernährung gesundheitlich sehr schlecht; hätten ihm die Frauen nicht noch zusätzlich Lebensmittel gekauft, hätte er nicht überlebt. Mit einem Krankentransport kam er 1946 frei:

„Mich hat das schwer getroffen, ich lag auf meinem Bett und habe bitterlich geweint, als ein russischer Offizier kam und sagte: „Dein Vater ist nicht nach Hause, sondern nach Ostdeutschland transportiert worden“. Dort wurden solche Menschen auf Bauernhöfen als Helfer in der Landwirtschaft verteilt. Mein Vater hatte Glück, er wurde zuerst gepflegt und ernährt, so dass er wieder arbeiten konnte“ (Schmidt).

Im April 1947 erlitt Frau Schmidt bei einem Gerüstabsturz einen Unfall: Ihr Handgelenk wurde hierbei gebrochen. Ein Temeswarer Arzt konnte das Zusammenwachsen des Gelenks nicht mehr verhindern, beließ aber den Gips auf dem Arm, so konnte sie sich ein Monat krankschreiben lassen:

„Eines abends, Ende Mai, kam Dr. Schneider und sagte: Morgen machen wir den Gips ab. Am darauffolgenden Tag kam die Nachricht: Es geht ein Transport nach Rumänien. Als Dr. Schneider dies hörte, kam er und sagte: „Wir machen den Gips wieder an den Arm und du gehst zur Kommission“. Hat alles soweit geklappt und wir zwei, Susanne und ich, sollten uns fertigmachen für den Heimweg. Zwei Tage später kam die Nachricht, dass der Transport abgesagt ist. Die Folge war, dass wir fünf Jahre bleiben mussten“ (Schmidt).

Josef Marksteiner erlebte den russischen Winter 1946/46 als besonders klirrend kalt:

„Von Dezember bis Februar ging in unserem Lager das große Sterben um. Die Armut der Zivilbevölkerung traf uns besonders hart. Die Russen selbst waren so arm, dass zum Tauschen mit uns nichts mehr übrig blieb. Täglich starben zwischen 15 und 20 Personen vor Hunger und Kälte“ (Emeneth/Marksteiner).

Der Tod machte keinen Unterschied zwischen Jung und Alt, gesund oder leidend: „Die Toten wurden beseitigt ohne Beerdigung, ohne ein Abschiedswort. Was ihnen folgte, waren zurückbleibende lange Gesichter“ (Emeneth/Marksteiner).

Ein russischer Offizier, der diese Mißstände nach oben meldete, wurde degradiert und mußte danach selbst im Sägewerk anpacken. Er brachte die Deportierten auf die Idee, aus dem Lager zu fliehen: „Raus aus dieser Misere, weit weg von hier, Richtung Grenze, Richtung Heimat.“

Anhand einer Karte erklärte der Exoffizier den Deportierten die Fluchstrecke und gab ihnen manch wichtigen Rat: „Wir haben uns alles eingepägt, vor allem die wichtigen Bahnhöfe.“ Bei der Arbeit meldete man sich nach und nach krank: „Gemeinsam wollten wir durch dick und dünn gehen, was immer auch geschehen mag. Im Falle einer Trennung, so hatten wir vereinbart, würde es jeder von uns auf eigene Faust probieren“ (Emeneth/Marksteiner).

Unter strengster Geheimhaltung wurde die Flucht vorbereitet:

„Unsere Geldreserven aus den Tauschgeschäften mit der Zivilbevölkerung haben wir in die Kragenecken der Jacken und unter das Innenfutter der Mützen eingenäht. Auch in den Schuhen hatten wir Geld versteckt. Im Rucksack hatte jeder von uns eineinhalb Kilogramm Brot, ein paar Fleischkonserven und drei Zuckerrüben“ (Emeneth/Marksteiner).

Literatur

Tatsachenbericht von Josef Marksteiner, aufgezeichnet von seiner Tochter Katharina Emeneth: https://www.banater-schwaben.org/nachrichten/dokumentation/dokumentation-detail/2937-alles-ringsumher-ist-so-oed-und-leer-teil-1?tx_news_pi1%5Bday%5D=14&tx_news_pi1%5Bmonth%5D=02&tx_news_pi1%5Byear%5D=2020&cHash=7c3ce39d5b24fb081277574ba8636a20;

Veronika Schmidt: „Erinnerungen an die Deportation: Nur mit Gottvertrauen überlebt.“ https://www.banater-schwaben.org/nachrichten/dokumentation/dokumentation-detail/4732-erinnerungen-an-die-deportation-nur-mit-gottvertrauen-ueberlebt?tx_news_pi1%5Bday%5D=07&tx_news_pi1%5Bmonth%5D=01&tx_news_pi1%5Byear%5D=2024&cHash=67d585cf39917daaf4540cb8e4863f0c

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Temeswar in der Revolution 1989. Der 19. Dezember 1989: Erste Fabriken werden bestreikt

Teil 10

Temeswar kam auch in der Nacht auf Montag, den 18. Dezember 1989, nicht zur Ruhe:

„Ungebrochen und todesmutig erhoben sich die Niedergeschlagenen vom Asphalt und widerstanden der waffenstarrenden Übermacht mit dem Mut der Verzweiflung. Immer neue Gruppen von Jugendlichen, von Männern und Frauen stellten sich der Brutalgewalt entgegen: Komme was da wolle – wir bleiben auf der Straße, trotzen dem Terror!“ (Bohn, S. 230).

Eine Unruhe erfaßte Jung und Alt; Schulkinder rannten in den Straßen in den spontanen Demonstrationen mit. Noch immer lagen hier und dort Leichen auf den Straßen:

„Das hohle, trockene Knallen der Kleinkaliberwaffen war die ganze Nacht hindurch zu hören. Wir nahmen es in der Übermüdung für die nächste halbe Stunde mit in den Halbschlaf und wurden davon aufgeschreckt“ (Bohn, S. 231).

Zweifel kamen allen, auch unserem Zeitzeugen Hans Bohn, ob es nicht ein aussichtsloses Unterfangen war, mit bloßen Händen gegen die Miliz- und Militärmacht anzugehen: „Allein vom Opernplatz her jenes nervenzermürende Johlen und Rufen aus hundert von Kehlen, das jetzt in seiner Resonanz der Verzweiflung entmutigend wirkte.“ Bohn kritzelte ein paar Zeilen auf einen Zettel (S. 231):

**„Der Morgenhimmel, erst Stunden alt
spiegelt die Farben der rohen Gewalt!
Im Blut liegt die Jugend, im Kesseltreiben
der Zeiger der Freiheit droht stehen zu bleiben.“**

Temeswar schien an diesem Tag eine belagerte, frustrierte Gemeinde zu sein:

„Spezialtruppen in schwarzen Lederanzügen, blaue Milizen, khakifarbene Armee und Grenztruppen und die Häscher in Zivil beobachteten jede Bewegung an Straßenecken und Plätzen. Kein sicherer Schritt, keine Nachricht wie es im übrigen Lande aussah – als einzige Informationsquelle der Sender »Freies Europa!«“ (Bohn, S. 231).

Dieser von der CIA finanzierte Sender am Englischen Garten in München stocherte, mangels zuverlässiger Informationen im Dunklen, die Abschottung des Regimes war *noch* komplett; entsprechend der Frust der Aufständischen:

„Doch die Brüder von dort machten mehr Schaden als sie uns halfen: ein Fluch entrang sich meinen Lippen als ich zu dieser Morgenstunde die Nachricht aus dem Äther vernahm: » . . . in Temeswar soll es sogar eine Toten gegeben haben!« Doch was soll's – ohne Bukarest bleibt unser Kampf in Temeswar vergeblich! Man wird einmal in den Geschichtsbüchern schreiben: »Am 17. Dezember 1898 verursachte die Konterrevolution in Temeswar ein Blutbad!«“ (Bohn, S. 231f.).

An diesen Punkten: „Freies Europa“, Abläufe in der rumänischen Hauptstadt und „Konterrevolution“ scheiden sich bis *heute* die Geister im postkommunistischen Rumänien.

Podlipny-Hehn (S. 26):

„Temeswar hatte schon seit Jahren keinen lokalen Radiosender mehr [unser Zeitzeuge Hans Bohn war vormals als Journalist hier angestellt]. Er war von der Regierung aufgelöst worden, wie alle anderen regionalen Sendestationen im ganzen Land, um dadurch auch die Sendungen in den Sprachen der Nationalitäten ein für allemal einzustellen. Dies vor allem wegen des Konflikte mit den Ungarn“ (Podlipny, S. 26).

Laut Podlipny-Hehn berichtete „Freies Europa“ erst am 21. Dezember 1989 um 6 Uhr morgens „über die reale Lage in Temeswar“ (ebd.).

(Bild: 18. Dezember 1989: Das Werk ELBA ist abgeriegelt)

Fortsetzung auf S. 13



Boese beschreibt die Stimmung zu diesem Zeitpunkt des Abwartens.

„Niemand, der nicht dabei war, kann sich eine Vorstellung davon machen, was in den Köpfen der Menschen vor sich geht. Zum ersten Mal seit Jahren der brutalsten Unterdrückung haben sie öffentlich das Wort »Freiheit« gehört, vielleicht auch selbst gerufen, und neben ihnen haben viele tausend andere dasselbe getan. Das können weder Folter noch Maschinengewehrfeuer mehr auslöschen. Sie haben das Unvorstellbare erlebt, das Unglaubliche vernommen: »Jos Ceaușescu!«, »Nieder mit dem Diktator!«. Da ist etwas aufgebrochen, das nicht mehr vergessen wird“ (S. 24f.).

Am **19. Dezember 1989** morgens besuchten [Radu Bălan](#), Erste Sekretär des Kreises Temesch, und [Stefan Gușă](#), Generalstabschef der rumänischen Armee, die Arbeiter in den Fabriken von Temeswar, konnten sie aber nicht zum Weiterarbeiten bewegen. Auch der Bürgermeister Petre Moț war zur Stelle. In dem Elektrobetrieb ELBA in der Nähe des Hauptbahnhofs, dessen Tore geschlossen worden waren, forderten die Arbeiter bessere Lebensbedingungen und den Abzug des Militärs aus der Stadt. Die Demonstranten warfen den Verantwortlichen außerdem vor, Menschen in der Stadt getötet zu haben.

Eine Gruppe von etwa 15 Arbeiter skandierten „Nieder mit Ceaușescu!“ Das Militär, das die Fabrik umzingelt hatte, eröffnete das Feuer auf die Demonstranten in der Nähe des Werks „ELBA“, die sich mit den Arbeitern im Werk solidarisierten. Unklar ist, ob ein Teil der Arbeiter ihre Beschäftigung am Nachmittag wieder aufnahm. ELBA war die erste Fabrik in der gestreikt wurde.

Hans Bohn bringt die Beschreibung dieser Ereignisse vom 19. Dezember 1989 chronologisch *zeitversetzt* auf Seite 237ff.:

„Auf der Brücke zur Zigarettenfabrik und in der »13 Dezembriestraße« standen je zwei Panzerfahrzeuge der Armee. Die Rohre ihrer Bordwaffen zeigten auf das Werkstor der »ELBA«. Alle Zufahrtswege waren von den soeben mit vier Lastkraftwagen angekommenen Soldaten abgeriegelt worden. Im Hof des Betriebes ging es hoch her: Die erbosten Arbeiter hörten nicht auf den Bürgermeister und seine Agenten, sie schrien es in Sprechchören heraus, worum es ihnen ging: »Freiheit, Gerechtigkeit . . . !«“

Zwei Offiziere und ein Zivilist treten vor dem Werksgelände auf der Flußseite vor die Demonstranten:

„Einer der Offiziere forderte die Menge auf, sich unverzüglich zu zerstreuen, worauf eine Frau ihm lautstark entgegenschrie: »Wir wollen Gerechtigkeit, wir wollen Brot . . . !« Der Offizier machte eine flinke Bewegung, Schüsse zerrissen die Luft: die Frau sank in die Arme der Nächststehenden – sie war tödlich verwundet“ (Bohn, S. 238).

Die Arbeiter im Werk bekamen dies alles mit und bedrängen den Bürgermeister, die Interessen des Volkes zu vertreten; als die Stimmung kippt, „suchte [Moț] das Weite.“ Hauptmann V. schoß erneut in die Menge:

„Wochen danach standen drei Wachtmeister und zwei Hauptleute der Securitate vor dem Gericht in Temeswar: . . . »Sie hätten nur die Aufgabe gehabt die Stimmung der Massen zu erkunden und ihre Waffen nur zur Selbstverteidigung gebraucht . . . «“ (Bohn, S. 238).

Ähnliche Szenen spielten sich auf dem Gelände der Fabrik „Electrotimiș“ auf der Busiascher Straße ab.

Literatur

Engelbrecht Boese: *Der Aufstand von Temeswar*, Pfinztal 1990;

Hans Bohn: *Die Lazarusnacht von Temeswar. Chronik des Volksaustandes vom Dezember 1989 in von ihm 1993 erschienenem Buch Verlorene Heimat (Temeswarer Helicon-Verlag);*

Annemarie Podlipny-Hehn: *Wir waren Zeugen. Temeswar 1989/1990*, München 1991.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Deutsche Minderheiten

Duisburgerin rettete deutsche Sprache in Ostbelgien



Die deutschsprachige Gemeinschaft in Ostbelgien hat ihr eigenes Parlament und ihre eigene Regionalregierung. Daß die Sprache nach dem Zweiten Weltkrieg nicht verschwand, geht wesentlich auf das Engagement der aus Duisburg stammenden Medienpionierin Irene Janetzky zurück (Archivbild). (Foto: Juliane Görsch/dpa)

In Ostbelgien wird bis heute Deutsch gesprochen – und das hat wahrscheinlich viel mit der Rundfunkpionierin Irene Janetzky zu tun. Ein Journalist entdeckt ihre spannende Geschichte jetzt wieder.

Die deutschsprachige Gemeinschaft in Ostbelgien wird mitunter als die „bestgeschützte Minderheit der

Welt“ bezeichnet. Sie umfaßt nur etwa 80.000 Menschen rund um Eupen und Sankt Vith, verfügt jedoch über ihr eigenes Parlament und einen eigenen Ministerpräsidenten.

Daß die deutsche Sprache nach der Befreiung Belgiens von der Nazi-Besatzung 1944 nicht unterdrückt, sondern gefördert wurde, geht dabei neuen Erkenntnissen zufolge wesentlich auf eine gebürtige Duisburgerin zurück: die Medienpionierin Irene Janetzky (1914-2005).

Ihre Lebensgeschichte wird jetzt erstmals in einem Buch erzählt, das am Mittwoch (22. Oktober) im Grenzecho-Verlag erscheint. Titel: „Irene Janetzky - Ein Leben im Zeichen des Belgischen Rundfunks“.

Nach dem Krieg sollten die Deutschbelgier Französisch sprechen

Autor ist der Direktor des deutschsprachigen belgischen Rundfunksenders BRF, Alain Kniebs. „Mich hat Irene Janetzky fasziniert“, sagt er. „In der damaligen Männerwelt hat sie sich behauptet und ab 1945 den deutschsprachigen Rundfunk aufgebaut.“

Dagegen habe es aus nachvollziehbaren Gründen anfangs große Widerstände gegeben: Viele Belgier hätten die Sprache der deutschen Besatzer nicht mehr hören wollen. Die Deutschbelgier sollten fortan Französisch sprechen. „Demgegenüber vertrat Irene Janetzky die Auffassung, daß man die Deutschbelgier über ihre eigene Sprache für Belgien und die Demokratie begeistern mußte.“

Janetzky selbst war 1914 in Duisburg geboren worden, ihr Vater fiel noch im selben Jahr als deutscher Soldat beim Überfall auf das neutrale Belgien. Anschließend zog ihre Mutter mit ihr nach Bingen in Rheinland-Pfalz, wo sie einen belgischen Deutschlehrer heiratete.

So kam es, daß die Familie in das deutschsprachige Grenzgebiet zog, das Belgien im Versailler Vertrag als Entschädigung für die deutsche Besatzung im Ersten Weltkrieg zugesprochen worden war. Ab 1945 begann Janetzky mit dem Aufbau des belgischen Rundfunks. Als das deutschsprachige Programm 1954 im Zuge einer großen Einsparrunde der belgischen Regierung komplett gestrichen werden sollte, verhandelte sie selbst in Brüssel mit dem sozialistischen Ministerpräsidenten Achille van Acker und bewegte ihn, das Angebot nicht nur zu retten, sondern sogar auszubauen.

Gespräche mit Bundeskanzler Adenauer

„Irene Janetzky war auf vielen Feldern eine Pionierin“, sagt Kniebs. „Sie ließ sich zum Beispiel auch als eine von nur ganz wenigen Frauen im damals noch sehr katholischen Belgien scheiden. Und sie war unglaublich gut vernetzt.“ So konferierte sie 1956 beim Abschluß der deutsch-belgischen Freundschaftsverträge mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem späteren ersten Europäischen Kommissionspräsidenten Walter Hallstein.

„Leider sind ihre Verdienste in den letzten Jahrzehnten etwas in Vergessenheit geraten“, bedauert Kniebs. „Ich hoffe, daß ich sie mit der Biographie wieder etwas in Erinnerung bringe.“

20.10.2025

Quelle: https://www.pz-news.de/kultur_artikel,-Duisburgerin-rettete-deutsche-Sprache-in-Ostbelgien-_arid,2280365.html

Erstes schwäbisches
Volkskundemuseum vor
54 Jahren mit Ion Iliescu
eröffnet

8. August
2025Dokumentation,
PresseberichteHOG Le-
nauheim

Die Zeitung „Neuer
Weg“ berichtete am 31.
August 1971 über den
„großen Tag in Lenau-
heim“. Dabei wurde laut
der damaligen Berichter-
stattung des erste
schwäbische Volkskun-
demuseum eröffnet.

Weiter berichtet die Zei-
tung „Neuer Weg“:

„Gäste aus dem ganzen
Banat sowie aus Buka-
rest und aus dem Aus-
land begrüßte Bürger-
meister Alfred Mühlrot
bei der Eröffnung des
schwäbischen Heimat-
museums in Lenauheim,
das an diesem Tag auch
seine Kerwei feierte. (...)
In herzlichen Worten
begrüßte Gemeindegür-
germeister Alfred Mühl-
rot die Gäste, unter ih-
nen Ion Iliescu, Stellver-
tretendes Mitglied des
Exekutivkomitees des ZK
der RKP.“

Der am 5. August 2025
verstorbene Ion Iliescu
war von Dezember 1989
bis 1996 sowie von 2000
bis 2004 Präsident Ru-
māniens. Der Ingenieur
Iliescu war zwischen
1957 und 1985 mehr-
mals Abgeordneter der
Großen Nationalver-
sammlung und gehörte
von 1965 bis 1984 dem
Zentralkomitee der Ru-
mānischen Kommunisti-
schen Partei an.



Seite 6

Lokales: Banat

NEUER WEG 7 31. August 1971

Grosser Tag in Lenauheim

Erstes schwäbisches Volkskundemuseum eröffnet

Von unserem Korrespondenten Franz Engelmann

Fast genau zwei Jahre sind es her, seit in der städtischen schwäbischen Hof-
gaststätte die neugestaltete Gedenkstätte für Nikolaus Lenau eröffnet wurde.
Gäste aus ganz Europa, Literaturforscher und Philologen von Ruf, versammelt
bei der Eröffnung der internationalen Lenau-Gesellschaft in Temesvár, erließen
dann den Dekret in seinen Überlebens. An diesem Sonntag aus standes wieder
dient in nicht die Gäste aus dem ganzen Banat, ja aus dem ganzen Land vor
dem festgestrichen alten Ban. Festlich mit Rosenkranzstrassen geschmückt und mit
opulenten Blüten, wie die Jugend des Dorfes im Kerweizug aufmarschiert, um
überhaupt ein Fest zu feiern, das für immer in der Geschichte steht vor Lenau-
heim. Vornehmlich bleiben wird die Eröffnung der Abteilung für schwäbische
Ehrenschrift des Banater Museums, das erste schwäbische
Heimatsmuseum in

in herzlichen Worten begrüßte Ge-
meindebürgermeister Alfred Mühlrot die
Gäste, unter ihnen Ion Iliescu, Stellver-
tretendes Mitglied des Exekutivkomitees
des ZK der RKP, Sekretär des Kreispä-
rterverbandes, Ehrensenator Stiefel, Mitglied
des ZK der RKP, Chefredakteur der
Zeitung „Neue Literatur“, Josef Bayer-



Bürgermeister Mühlrot begrüßt die Gäste bei der Eröffnung des Museums

Der Kerwei-Vater war „motorisiert“

Echte Tracht nur im Museum — im Strassenkleid
zur Lenauheim Kerwei

Lenauheim. — Beinahe viele Gäste
aus dem ganzen Land und auch von jensei-
ts der Grenze haben heute in Lenau-
heim, weil es am Tag der Kerwei auch
das Banater schwäbische Heimatmuseum
im Geburtshaus Lenaus eröffnet wurde.
Allerdings bedauerten es gerade die
Gäste, dass man das wunderschöne lenau-
heimische Kerweizug nicht im Museum
sehen konnte, denn die 21 Mannen in
den Mini-Auto die haben heute nur
das gezeigte Bild zur den Welt der
Kerwei in den Händen am Haupt-
platz Lenauheim, ein Kerwei-Autobus. Und
denn dieser nicht möglich, dafür sollte
Kerweivater Nikolaus, geboren, der den
Tag „motorisiert“, das heißt, noch zu
Fuß und erst später Karussellen
bediente und umkehrte, die Fest nach
den Kapiteln der Gräfinnen-Tänze-
der-Kerwei zu sein. Gleiches waren
Michael Zehn — der auch im Spinn-
gewinn — mit Margareta Lenz und
Karl Bräuer mit Brigitte Rüdiger. fe

in, Mitglied des ZK der RKP, Vorsitzender
des Kreispäpsterverbandes, Adolf
Müller, Sekretär des Landesrates der
Westfälischen deutschen Nationalität, Do-
zent Dr. Traian Bănescu, Vizepräsident
des Kreiskomitees für Kultur und Kunst,
Nikolaus Beyerling, Vorsitzender des
Temesvárer Kreises der Westfälischen
deutschen Nationalität, Chefredakteur der
„Neuen Banater Zeitung“, Prof. Franz
Mark, Vorsitzender des Banater Kreises
der Westfälischen deutschen Nationalität.
Dr. Traian Bănescu und Nikolaus Beyer-
ling sprachen über Bedeutung und
Wandlung der städt. Kultur als
Ausdruck der städt. Gesellschaft als
Nationalität, die zusammen mit Roma-
nen, Ungarn und Serben zum Erfinden
eines der schönsten und reichsten Land-
striche unserer Vaterlandes beitrug und
beiträgt. Eine Heimatliebe, verflochten mit
der geschichtl. Nationalitätenpolitik, in-
neren Partei.

Bis heute werden überaus viele
Seit, nachdem Genosse Ion Iliescu das
Bund der deutschen Volks und die er-
sten Banater die sehr interessanten
beziehen. Obwohl jeder der Anwesen-
den das Wichtigste des Museums inter-
essiert in den Zeitungen vertrieben hatte,
überließ das Gebotene die Veranstalter,
und man konnte über die gezeigte An-
zahl der interessierten. Feststellungs-
gruppe sollte. Led. Beyerling, Vorsitzender
erwies sich dabei. Prof. Franz Mark
führte und Museumsgraphie Annahme
die Podium. Es ist aber möglich, dass
nicht. Man zu hören, wenn nicht alle
gezeigt werden können, und das ist
wohl kaum möglich, denn viele der ge-
zeigten Trachten aus Guben und
Neupotz, Ungarn, Darowa, Sad-
sch oder Lenauheim selbst, um nur ei-
nige der Exponate zu nennen, sind durch
ein Datum. Von Schickel bis
zur „Doppel“ half man Beyerling mit, die
über 30 Jahren Kerwei- und Fest-
trachten zu gestalten. Wenn diese
Puppenstücke in den ersten zwei Sälen
wohl auch vollständige Blickfang
wurden, so ist es vor allem die Ge-
schichte, die die Trachten im letzten
Raum der Gassefront, die „Stube“,
Küche und Keller“ entlang der
Podium — mindestens die gleiche Ge-
schichte: die Zeit aus dem Jahre 1821,
der religiöse Charakter, die alten
Familien sind all der Banat — Ge-
stände, deren Teilung mit aus
Groszmann Zeiten in Erinnerung ist,
und sollte, die auch heute noch ihre
eigenen Part. Trachtenmuseum in
der Lage. Foto und andere Bildma-
rial veranschaulichen diese einmalige
Sicht.

Franz Beyerling, einer der Initiatoren
von allem der Puppenausstellung. Franz
Mark, Korrektor des schwäbischen Hei-
mats, des Banater, des Banater Heimat-
museums und der Lenauheim, ist der
vielleicht. Lehrkräfte des Germanistik-Nat-
ions der Temesvárer Universität, Schö-
nwerker des Temesvárer Deutschen Freiw-
des, das wiederum das Leben der Ba-
nater Banater auf der Bühne nachgestal-
tet hat, sind es und können ihre An-
erkennung.

Latex nach der Sperrstunde drängen
sich noch immer die Besucher vor den
Exponaten. Abermals wurde schon oben
Hess ein ständisches neues Leben ein-
gehaucht, und es ist besonders, dass die-
ses Haus ein ehemaliges Bäckermeister
ist, wo einst die Zehner- und Bock-
pfeifen sowie ganze Dörfer, schwebi-
scher Stadlerer verzeichnet und ein-
gezeichnet wurden sind — selbst ein
Stück schwäbische Vergangenheit. In
einem Museum hat heute ein Stück
unserer hohen Tradition, für immer eine
Pflanzstätte gefunden.

Gustav Wilhelm Schröder

(* 14. Januar 1876 in Wüstegiersdorf, Kr. Waldenburg † 17. Oktober 1949 in Weimar)

Gustav Schröder, der auch Schlesier war, ebenso auch Volksschullehrer, der Schriftsteller wurde, über 70 Romane und Erzählungen sowie Volksstücke und Jugendschriften veröffentlichte, war Sohn eines Maschinenwärters. Die Familie lebte in bescheidenen Verhältnissen. „Wenn mir heute jemand von Armut und Not redet, dann kann ich ihm sagen: Das alles habe ich bitter genug am eigenen Leibe erfahren. Wir waren sieben Geschwister, drei davon sind gestorben. Unter Opfern haben meine Eltern, unterstützt von treuen Helfern, ermöglicht, daß ich Lehrer wurde.“ An den Besuch der Präparandenanstalt in Schmiedeberg (Riesengebirge) schloß sich 1893 bis 1896 ein Studium am Seminar in Münsterberg an. Danach verließ Gustav Schröder Schlesien, das einen Überfluß an Lehrern hatte, und ging nach Thüringen. [. . .]

In der Eßbacher Zeit [Thüringen] gab Schröder nicht nur Privatstunden; er schrieb auch kleinere Beiträge für Zeitungen – über Begebenheiten vorwiegend aus dem Leben der Bauern, dem er sich hier ganz verschrieb und von dem er nicht mehr los kam. Es reizte ihn, „daß Bauernart ein Buch ist, das schwer zu lesen ist.“ In Eßbach wurde der Schlesier aber auch zum Thüringer: Manche Stelle aus seinem Werk hat man wohl auf ihn selbst zu beziehen, wie etwa die folgende: „Solch ein Land! So weit und so still und so heilig! Es hatte mich ganz genommen, das Land!“ (So der Chronist im *Der Schulze von Wolfenhagen. Die Geschichte eines Dorfes*). „Ich danke Gott, daß du mir Heimat bist!“ So heißt es in einem „Thüringen“-Gedicht.

Der weitere Weg führte Schröder nach Erfurt, wo er bei der Regierung als Bezirksjugendpfleger tätig war; es folgte seit 1922 die Leitung der Kulturredaktion beim „Thüringer Landbund“ in Weimar und seit 1928 die Herausgabe der Zeitschrift *Die Pflugschar*. Die Stelle eines Schulrats hatte er ausgeschlagen. „Zum Bauern gehöre ich!“ So lautete sein Bekenntnis.

In Weimar, wohin er schließlich übersiedelt war, wurde Schröder zum Schriftsteller, zu einem „Heimat – und Bauerndichter von erstaunlicher Fruchtbarkeit“ (so Franz Lennartz), der vor allem aus der mitteldeutschen Bauern- und Kleinbürgerwelt erzählte. Es sind also nicht die Menschen aus Schlesien, die ihn fesseln – sondern jene aus dem oberen Saaletalgebiet; es sind die Berge und Täler von dort und vor allem auch „die Steine.“ Weder die Ereignisse seiner Kindheit und Jugend, Landschaftseindrücke vom heimatlichen oberen Weistritztal, vom Waldenburger Bergland – eine der schönsten Landschaften Schlesiens – sind in sein Werk eingegangen noch die Geschichte der Heimat, von der markante Burgruinen im Umfeld von Wüstegiersdorf zeugen – wie das Freudenschloß und das Hornschloß. Auch ruhen seine Gestalten nicht in Bad Charlottenbrunn und in Görbersdorf mit seinen weltberühmten Lungenheilstätten aus. Er kam nicht wie andere Schriftsteller schlesischer Herkunft auf Schlesien zurück.

Schröder erregte bereits mit seinem Erstlingsroman *Der Freibauer* (1913) Aufsehen, den kein Geringerer als Peter Rosegger rühmte („Liebe zur Scholle, zum Bauerntum“). Die Thüringer Bauern sind es, die ihm Lebenswirklichkeit, Kraft und Weisheit für seine Gestaltungen geschenkt haben. „Was heißt Bauer sein?“ Das heißt, wie es in *Land Not* (1928) erklärt wird: [siehe Kasten rechts]. Die Stärke liege im Herzen, nicht im Verstande, so heißt es einmal im *Siedler vom Heidebrinkhofe* von 1943. Da ist auch von „einer erdgeborenen Idee“ die Rede; sie könne „das deutsche Volk einigen.“ Das sei auch die Aufgabe des Bauerntums. Und schließlich sei Heimat dort, „wo die Blutströme ihren Ausgang nehmen.“ [. . .]

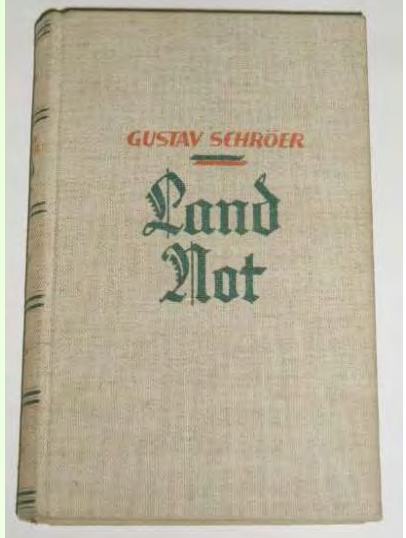
Deutlich ist Schröders nationale Tendenz – so im Volksbuch vom Thüringer Befreiungskampf gegen Napoleon, *Volk im Schmiedefeuer* (1934), oder im Weltkriegsbuch *Flucht von der Murmanbahn* (1917). Schröder, der Schlesier und Wahlthüringer, verschloß sich auch sozialen Problemen nicht – wie sein Buch von den Kämpfen und Nöten arbeitsloser Menschen zeigt (*Wir lassen uns nicht unterkriegen*, 1934). Und an das schwere Dasein der Thüringer Buckelapotheker und Laboranten im 19. Jahrhundert erinnert *Das Schicksal der Käthe Rotermund*.

Eine seltene Fülle an Menschen und Schicksalen, Gestalten, die uns nicht mehr erreichen – sie sind vergessen und reden womöglich in einer uns nicht mehr vertrauten Sprache. Ein durchaus normales Schriftstellerschicksal, das Schröder zuteil wurde, der einmal von sich sagte: „Niemals habe ich mich einen Dichter genannt. Es genügt mir, ein deutscher Erzähler zu sein.“ Damit hat er wohl selbst seine Grenze abgesteckt. Sein Werk veraltete mit den Maßstäben und dem Geschmack seiner Zeit.

Werke: Das Herz spricht. Erzählung, Quell-Verlag, 1934. – Der Hof im Ried. Leipzig 1929. – Der Hohl-ofenbauer. Roman. Gütersloh 1943. – Die Lawine von St. Thomas. Ein Roman aus den Bergen. Gütersloh 1949. – Deutsche Legenden. Halle (Saale) 1923. – Peter Lorenz. Die Geschichte eines Knechtes. Leipzig 1922. – Die Flucht aus dem Alltag. Berlin 1941. – [. . .]

Verweis: Der vollständige Artikel von Günter Gerstmann:

<https://kulturstiftung.org/biographien/schroer-gustav-wilhelm-2>



„Ein Mensch sein, der die Erde liebt und ihr dient, dem das Herz bricht, wenn ihm die Ernte verhagelt, nicht weil er Geld verliert, sondern weil er sie liebt. Ein Mensch ist der Bauer, der hinter seiner Scholle zurücktritt – sie ist sein Herr, nicht er der ihre – einer, der aus Gottes Hand lebt und den Plunder verachtet, um den ihr euch um euch selber bringt.“

HOH(L)SPIEGEL:

„Glückselig der, dessen Welt innerhalb des Hauses ist.“
(Johann Wolfgang von Goethe)
HK

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen – wenn nicht extra gekennzeichnet – aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.
Red./HK

Impressum

SPRECHER
Herbert Karl:
0175 9036144
Martina Kempf

STELLV. SPRECHER :
Vadim Derksen
Albert Breiningner

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw
IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de